



**Niederschrift
zur 20. Sitzung
des Sozialausschusses
am 22.01.2020
um 17:00 Uhr im Ratssaal**

Tagesordnung

I. Öffentlich

- 1 Einwohnerfragestunde
- 2 Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 20.11.2019
- 3 07 - 16 2098/2020 Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020;
hier: Beratung in den Fachausschüssen
- Budget 700 Arbeit und Soziales
- 4 07 - 16 2099/2020 Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020;
hier: Beratung in den Fachausschüssen
- Budget 18 Asyl und Integration
- 5 07 - 16 2081/2019/1 Handlungskonzept Wohnen für die Stadt Emmerich am Rhein
hier: Beschluss des Konzeptes
- 6 07 - 16 2100/2020 Antrag der SPD- und BGE-Ratsfraktion zur Realisierung bezahlbaren Wohnungsbaus in flexibler, modularer Ausführung –
Einplanung von zusätzlichen Haushaltsmitteln-;
hier: Antrag Nr. X/2018 an den Rat der Stadt Emmerich am Rhein
- 7 Mitteilungen und Anfragen
 - 7.1 Mangelnde Kostenerstattung im Bereich Asyl;
hier: Mitteilung von Herrn Dahms
 - 7.2 Klagestatistik des Kreises Kleve für den Bereich des SGB II ;
hier: Mitteilung von Herrn Dahms
- 8 Einwohnerfragestunde

Anwesend sind:

Vorsitzende

Frau Elke Trüpschuch

Mitglieder

Herr Gerd-Wilhelm Bartels

Herr Gerhard Böcker

Frau Sandra Bongers

Frau Regina Booms

Herr Jürgen Brockmann

Herr Gerhard Gertsen

Frau Silke Jelinski

Frau Neriman Keles

Frau Irmgard Kulka

Vertreterin für Herrn Erik Arntzen

Frau Marianne Lorenz

Herr Manfred Mölder

Herr Christopher Papendorf

Vertreter für Frau Sandra Wittke

Herr Hugo Peschel

Frau Sultan Seyrek

Herr Werner Stevens

Herr Udo Tepas

von der Verwaltung

Herr Dr. Stefan Wachs

Herr Markus Dahms

Frau Vera Artz

Herr Arnfried Barfuß

Herr Niklas Kehren

Herr Nicolai Lindeboom

Frau Christiane Wöltgen

Schriftführerin

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 17.00 Uhr. Sie begrüßt die Ausschussmitglieder, die Damen und Herren der Verwaltung, den Pressevertreter sowie die Zuhörer. Die Vorsitzende stellt fest, dass die Tagesordnung rechtzeitig zugegangen sei.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt Mitglied Mölder den Tagesordnungspunkt

6 07 – 16 2100/2020 Antrag der SPD- und BGE-Ratsfraktion zur Realisierung bezahlbaren Wohnungsbaus in flexibler, modularer Ausführung; hier: Antrag Nr. X/2018 an den Rat der Stadt Emmerich am Rhein)

gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt

5 07 – 16 2081/2019 Handlungskonzept Wohnen für die Stadt Emmerich am Rhein

aufgrund des engen thematischen Zusammenhangs zu beraten.

Dem Antrag wird einstimmig gefolgt.

I. Öffentlich

1. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

2. **Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 20.11.2019**

Die gemäß § 23 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse zur Festlegung vorgelegte Niederschrift wird einstimmig genehmigt. Sie wird von der Vorsitzenden und der Schriftführerin unterzeichnet.

3. **Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020; hier: Beratung in den Fachausschüssen - Budget 700 Arbeit und Soziales Vorlage: 07 - 16 2098/2020**

Die Vorsitzende geht den bereits vorliegenden Entwurf zur Haushaltssatzung Seite für Seite durch und bittet die Mitglieder bei Fragen um Wortmeldungen.

Mitglied Papendorf fragt zur Seite 247, Position 15, EDV-Auszahlungen, warum das Ergebnis 2018 deutlich vom Ansatz 2020 abweiche. Herr Dahms erläutert, dass es sich einerseits beim Ergebnis 2018 nur um ein vorläufiges Ergebnis handle, welches sich noch erhöhen könne und andererseits die Kosten durch die Einrichtung der E-Akte gestiegen seien.

Mitglied Papendorf möchte zur Seite 249, Position Nr. 13 wissen, wie der Betrag in Höhe von 28,75 € im Jahr 2018 zustande kam. Herr Dahms erläutert hierzu, dass es sich um eine Fehlbuchung handle. Im Jahr 2019 sei das derzeitige Ergebnis 0 €, für die nächsten Jahre seien zunächst 1000,00 € als pauschaler Platzhalter eingesetzt worden, da hier nicht kontinuierlich, aber alle Jahre wieder geringe Beträge anfielen.

Beschlussvorschlag

Der Rat fasst den Budgetbeschluss und legt den Zuschussbedarf für das Budget „Arbeit und Soziales“ im Ergebnishaushalt auf 2.535.304,- € und im Finanzhaushalt auf 2.528.285,- € fest.

Stimmen dafür 14 Stimmen dagegen 2 Enthaltungen 1

4. **Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020; hier: Beratung in den Fachausschüssen - Budget 18 Asyl und Integration Vorlage: 07 - 16 2099/2020**

Mitglied Kulka bittet um Erläuterung warum auf Seite 138 unter Nr. 11 eine Steigerung in den Personalaufwendungen zu verzeichnen sei. Frau Artz erklärt hierzu, dass die Berechnung der Personalaufwendungen im Zuständigkeitsbereich des Fachbereichs 1 läge, allerdings davon auszugehen sei, dass die Steigerung der Kosten durch Ihre Rückkehr aus der Elternzeit zu erklären sei. Zudem bittet Mitglied Kulka um Erläuterung der Steigerung des Betrages auf Seite 138 unter Nr. 15. Sie merkt an, dass der Betrag trotz rückläufiger Asylbewerberzahlen gestiegen sei. Frau Artz führt hierzu aus, dass es sich hierbei um den Betrag handle, der zuvor im Fachbereich 4 verwaltet und für das IZIF eingesetzt wurde. Dieser Betrag wurde nun dem Budget 18 zugeordnet.

Beschlussvorschlag

Der Rat fasst den Budgetbeschluss und legt den Zuschussbedarf für das Budget „Asyl und Integration“ im Ergebnishaushalt auf 197.599,- € und im Finanzhaushalt auf 197.498,- € fest.

Stimmen dafür 15 Stimmen dagegen 2 Enthaltungen 0

5. Handlungskonzept Wohnen für die Stadt Emmerich am Rhein hier: Beschluss des Konzeptes Vorlage: 07 - 16 2081/2019/1

Herr Mölder führt aus, das im Handlungskonzept Wohnen nach seiner Auffassung doch sehr starke Abweichungen von Realität und Praxis festzustellen seien. SPD und BGE hielten grundsätzlich weiterhin an dem unter Tagesordnungspunkt 6 gestellten Antrag fest. Allerdings sollten nicht, wie ursprünglich beantragt tatsächlich 2 Mio Euro im städtischen Haushalt zwecks Bau von Sozialwohnungen bereitgestellt werden, sondern bei der Umsetzung des Handlungskonzepts der Hauptfokus auf die Errichtung von gefördertem Wohnraum in modularer Bauweise gelegt werden. Hierzu stellt er dar, dass der Kreis Kleve derzeit einen Handlungspartner suche, um zusammen mit der dort gegründeten Wohnungsbaugesellschaft preiswerten Wohnraum zu schaffen. Zudem sollte bei einer Weiterverfolgung des Handlungskonzepts Wohnen ein Fachbereich benannt werden, der die Fortschreibung sicherstelle und regelmäßig über den Sachstand berichte. Mitglied Mölder stellt den Antrag gemäß dem Beschlussvorschlag zu entscheiden, jedoch einen Fachbereich mit der Betreuung des Handlungskonzepts Wohnen zu beauftragen, der in diesem Rahmen ebenso den im Antrag unter Tagesordnungspunkt 6 geäußerten Bedarf beachte.

Mitglied Bartels merkt an, dass es sich aus seiner Sicht nicht um eine zusammengefasste Entscheidung handeln könne, sondern es sich um zwei einzelne Entscheidungen handle.

Mitglied Bongers begrüßt den Antrag von Mitglied Bartels.

Einige Mitglieder des Sozialausschusses vertreten die Auffassung, dass die SPD und die BGE bei einem derartigen Antrag ihren ursprünglichen Antrag neu formulieren müssten.

Mitglied Papendorf teilt mit, dass aus seiner Sicht die Punkte sehr wohl zusammengehören und der Antrag dadurch ergänzt bzw. erweitert werde. Der soziale Wohnungsbau finde im Handlungskonzept Wohnen kaum Berücksichtigung.

Mitglied Gertzen führt aus, dass das Handlungskonzept Wohnen darstelle, dass es keine Notwendigkeit gäbe, dass die Stadt Emmerich am Rhein als eigener Bauherr auftrete. Er unterstütze dies. Es gäbe derzeit viele Projekte, die zu einer Entspannung auf dem Wohnungsmarkt führen. Aus seiner Sicht sei eine Fortschreibung des Konzepts logisch, dieses solle wie vorgestellt beschlossen werden.

Herr Dr. Wachs führt aus, dass durch private Bauträger bereits Wohnungsbauprojekte auf den Weg gebracht wurden. Dies werde ebenso im Handlungskonzept Wohnen abgebildet.

Mitglied Kulka sagt, dass sich derzeit bereits viele Wohnungen im Bau befänden und durch diesen Bezug anderer Wohnraum auch wieder frei werden würde.

Mitglied Mölder teilt dazu mit, dass der nun geschaffene Wohnraum hochpreisig sei. Dem Handlungskonzept Wohnen sei zu entnehmen, dass hauptsächlich junge Familien bauen würden. Es sei jedoch wichtig in Emmerich am Rhein auch Wohnraum auszuweisen als Angebot für Mobilitätseingeschränkte und kleinere Familien. Hierzu sei es wichtig alle Beteiligten an einen Tisch zu bekommen. Er weist daraufhin, wie schnell die Wohnungen „Am Wall“ vermietet worden seien. Dazu käme die große Anzahl der sanierungsbedürftigen Wohnungen im Innenstadtbereich. Er weist ebenso daraufhin, dass es kaum 4-Raumwohnungen im bezahlbaren Segment gäbe. Er sähe hier schon die Notwendigkeit einer Beteiligung durch die Stadtverwaltung.

Mitglied Papendorf schließt sich den Ausführungen von Mitglied Mölder an. Aus seiner Sicht können acht Neubauwohnungen eines aktuell fertiggestellten Projektes den Bedarf nicht decken.

Herr Dahms erläutert anhand der Zusammenfassung in der Abbildung 1 des Handlungskonzepts Wohnen die Säulen, auf denen das Konzept basiert. Dem Konzept sei zu entnehmen, dass die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum selbstverständlich fester Bestandteil des Konzeptes sei, jedoch dargelegt würde, dass der prognostizierte Bedarf durch private Investoren geregelt werde. Die Weiterverfolgung des Konzepts Wohnen unter Einbeziehung aller Akteure sei sicherlich ein wichtiger Bestandteil.

Mitglied Mölder führt aus, dass im Konzept Wohnen der Fokus nicht auf den geförderten Wohnungsbau gelegt würde. Der Antrag der SPD und der BGE unter Tagesordnungspunkt 6 soll deshalb gleichwertig mit dem Handlungskonzept Wohnen gesehen werden.

Herr Dr. Wachs erläutert, dass dem Handlungskonzept Wohnen keine Gewichtung in der Abbildung zu entnehmen sei. Allerdings würde sicherlich im Sinne der Steuerung das Thema Wohnungsbau weiterhin aufzurufen sein.

Mitglied Papendorf fordert den Austausch aller Akteure weiterhin voranzutreiben. Aus seiner Sicht wären die Defizite nicht da, wenn eine Regulierung über den Markt erfolgen würde.

Mitglied Bartels stellt fest, dass nun ein aussagekräftiges Konzept vorhanden sei. Aus seiner Sicht handele es sich oft auch um subjektive Wahrnehmungen in Bezug auf den Bedarf an kleineren Wohnungen. Er beantragt zur Abstimmung zu kommen.

Mitglied Mölder sieht, dass der Antrag Bestandteil des Konzepts sein solle und er würde diesen dort gerne wiederfinden, da die Realität oft anders aussehen würde als im Konzept dargestellt. Er betone auch ausdrücklich nochmals, dass die veranschlagten 2 Millionen im Haushalt kein Thema mehr wären.

Mitglied Kulka möchte gerne von Mitglied Mölders wissen, ob aus seiner Sicht im Konzept Änderungen vorgenommen werden sollen.

Mitglied Mölder möchte wiederholt darstellen, dass dem Konzept insofern gefolgt werde, dass nicht nur der Fokus auf den Bau von 1-2 Familienhäuser gelegt werde, sondern dass der unter Tagesordnungspunkt Nr. 6 gestellte Antrag gleichwertig mit dem Handlungskonzept Wohnen zu sehen wäre und zudem eine personelle Besetzung als direkter Ansprechpartner bei der Stadtverwaltung erfolge.

Mitglied Bartels stellt den Antrag nach Verwaltungsvorlage über die Umsetzung des Handlungskonzepts Wohnen abzustimmen.

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt beschließt das beiliegende Handlungskonzept Wohnen umzusetzen.

Stimmen dafür 9 Stimmen dagegen 6 Enthaltungen 2

**6. Antrag der SPD- und BGE-Ratsfraktion zur Realisierung bezahlbaren Wohnungsbaus in flexibler, modularer Ausführung –Einplanung von zusätzlichen Haushaltsmitteln-;
hier: Antrag Nr. X/2018 an den Rat der Stadt Emmerich am Rhein
Vorlage: 07 - 16 2100/2020**

Mitglied Mölder erklärt, dass der ursprüngliche Antrag, durch den eben gefassten Beschluss zum Tagesordnungspunkt 5 hinfällig ist und keine Abstimmung erforderlich wäre.

Mitglied Gertsen beantragt, einen Beschluss zu fassen, um nach der ausführlichen Diskussion Klarheit über den Antrag zu erlangen, damit dieser nicht noch länger im Raum stünde.

Beschlussvorschlag

Der Sozialausschuss beschließt, den vorliegenden Antrag abzulehnen.

Stimmen dafür 10 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 7

7. Mitteilungen und Anfragen

**7.1. Mangelnde Kostenerstattung im Bereich Asyl;
hier: Mitteilung von Herrn Dahms**

Herr Dahms teilt mit, dass im Hinblick auf die mangelhafte Kostenerstattung im Bereich Asyl der Städte- und Gemeindebund auf das Anschreiben der Stadt Emmerich am Rhein reagiert habe und zugesichert habe, sich gegenüber dem Ministerium für die Lösung des Problems einzusetzen.

**7.2. Klagestatistik des Kreises Kleve für den Bereich des SGB II ;
hier: Mitteilung von Herrn Dahms**

Des Weiteren berichtet Herr Dahms, dass ausweislich der Klagestatistik des Kreises Kleve für den Bereich des SGB II im 2. Halbjahr 2019 keine Klagen bei der Stadt Emmerich am Rhein eingegangen seien. In demselben Zeitraum wurde ein Eingang von insgesamt 44 Klagen kreisweit verzeichnet. Die Erfolgsquote im 2. Halbjahr 2019 der Stadt Emmerich am Rhein bei den eingegangenen Klagen läge bei 57 % und stelle damit den Spitzenwert kreisweit dar.

8. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung um 17.38 Uhr, nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen.

46446 Emmerich am Rhein, den 5. Februar 2020

Elke Trüpschuch
Vorsitzende

Christiane Wöltgen
Schriftführerin